

Sieben Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2020 übernahm die Bundesregierung für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU). DIE LINKE stellt hierzu sieben Forderungen zur Zukunft der EU.

Die EU hat seit vielen Jahren große Probleme, die die Corona-Pandemie auf schmerzliche Weise verstärkt und sichtbar gemacht hat. Die EU-Kürzungsdiktate der EU-Kommission, die vielen Staaten nicht zuletzt auf Druck Deutschlands aufgebürdet wurden, haben die europäischen Gesundheits- und Sozialsysteme an den Rand des Zusammenbruchs geführt.

Seit dem 1. Juli 2020 hat die Bundesregierung den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Das wäre der Moment, die desaströse Politik der letzten Jahre zu beenden und mit einer solidarischen Politik anzufangen. Hierfür haben wir als LINKE-Europaparlamentarier*innen sieben Forderungen für Maßnahmen, die nach der Corona-Krise für eine solidarische Neuausrichtung getroffen werden müssen.

1. Der EU-Haushalt,

der im Moment nur ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt, muss massiv erhöht werden. Und er muss noch viel stärker dem Kampf der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten gewidmet werden. Die Krise zeigt: Die EU muss gemeinsam und nicht gegeneinander handeln. Deshalb braucht es Corona-Bonds, um mit gemeinsamen Anleihen in die Zukunft investieren zu können. Die EU-Förderpolitik muss ab sofort vor allem ökologisch-nachhaltig und sozial ausgerichtet sein.

2. Der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien

und zu einer nachhaltigen Wirtschaft, »Just Transition« genannt, muss fair und gerecht sein. Der Fonds für diesen Übergang muss

erneuerbare Energieträger viel stärker fördern als fossile. Nur dann schaffen alle EU-Mitgliedstaaten den nötigen Umbau ihrer Wirtschaft.

3. Wir brauchen eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung.

Das heißt, alle EU-Staaten müssen dazu verpflichtet werden, armutsfeste und existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent des mittleren Durchschnittseinkommens des jeweiligen Mitgliedstaates liegen. Außerdem muss garantiert werden, dass gleiche Arbeit am gleichen Ort auch gleich bezahlt wird. Nur so lässt sich Lohn- und Sozialdumping zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten verhindern.

4. Im digitalen Bereich

sind die Verhältnisse zwischen Bürger*innen, Unternehmen und Regierungen im ständigen Wandel. Die negativen Auswirkungen staatlicher Überwachung geraten zunehmend aus dem Blick (Problem Corona-App) – nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch gesellschaftspolitisch vernünftig. Digitale Bürger*innenrechte und Datenschutz müssen unumstößliche Schranken für die Wirtschaft bleiben.

5. Der kritische Widerstand

der Gesellschaften gegen massiv profitorientierte Freihandelsverträge zeigt, dass wir alternative, faire und ethisch stichhaltige Handelsmandate benötigen. Diese müssen dringend mit Umweltschutz, Nach-

haltigkeit und sozialen Standards wie »FairTrade« verknüpft sein.

6. Die Corona-Pandemie

hat gezeigt, wie fehlgeleitet die bisherige Sicherheits- und Militärpolitik der EU war. Statt die Milliarden im EU-»Verteidigungsfonds« in Panzer, Drohnen und Gewehre zu verschwenden, sind sie viel sinnvoller in die Infrastruktur, den Klimaschutz und die Gesundheitsvorsorge investiert.

7. Die europäische Asyl- und Migrationspolitik

ist krachend gescheitert! Die EU verbarrikadiert ihre Außengrenzen. So sperrt sie Menschen aus, die ihr Leben vor Krieg und Hunger retten wollen. Damit verletzt sie die Europäische Menschenrechts- und Genfer Flüchtlingskonvention. Seit drei Jahren blockiert der Europäische Rat (also die nationalen Regierungen) ein neues Asylsystem. Der neue EU-Migrationspakt muss das individuelle Asylrecht schützen, Geflüchtete fair in der EU verteilen und sichere Fluchtwege schaffen. Das fordern wir von der deutschen Ratspräsidentschaft.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bietet eine Chance, die EU wieder an die Bedürfnisse der Einzelnen und nicht an die Interessen der Konzerne der großen Mitgliedstaaten anzupassen. Wir LINKEN im Europäischen Parlament fordert die Bundesregierung auf, diese Chance nicht zu verspielen.

Helmut Scholz,
Mitglied des Europäischen Parlaments



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

der Starke hilft dem Schwachen – die Essenz von Solidarität. Nichts anderes sollte die Prämisse sein, wenn im Kreistag über ein Kreisentwicklungsbudget abgestimmt wird. In den nächsten Wochen wird dazu in den Gremien die Debatte geführt, entschieden, wie schwächere Kommunen in TF vom Landkreis, und ja, letztlich auch durch die Einzahlungen aller Kommunen in die Kreisumlage, unterstützt werden können. Eine Forderung ist, pauschal die Gelder an die Kommunen zu geben, Stichwort Gießkanne. Ich sehe das anders. Gerade strukturschwächere Kommunen haben mehr davon, wenn sie auch überproportional bekämen. Ich bemühe hier einmal mehr den Grundgedanken der kommunalen Familie. Ebenso hat der Landkreis eine Ausgleichsfunktion zur Aufgabe und das in TF herrschende Nord-Süd-Gefälle ist unbestritten.

Ich freue mich auf die Debatte der kommenden Wochen und sichere zu, dass unsere Kreistagsfraktion konstruktiv zu einem guten Ergebnis für TF beitragen wird.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG Wahlkreis-Sommertour 2020

Es ist eine gute Tradition, während der sommerlichen Sitzungspause im Bundestag durch den Wahlkreis zu fahren und viele Gelegenheiten zu nutzen, um Gespräche vor Ort zu führen, relevante Einrichtungen zu besuchen und sich generell einen Überblick zu verschaffen, was gut und was schwieriger läuft in der Gesellschaft. Und das eben auch in Themenfeldern, die mit meinem fachpolitischen Schwerpunkt der Digitalisierung weniger zu tun haben. In diesem Jahr mochte ich aber auch erfahren, welche Auswirkungen die Covid-19-Epidemie auf die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche hat – von Bildung über Tourismus bis Wirtschaft – und was die konkreten Folgen der Pandemie auf den Alltag und das Leben der Menschen sind. Von meinen Besuchen im Wahlkreis berichte ich viel über Social Media (z. B. meine Facebook-Seite) aber auch auf meiner Homepage. Besonders viele Fotos und kleine



Jesco Denzel
BUNDESTAG UND KOMMUNE

Geschichten kann man von mir auf Instagram (@adomscheitberg) finden. Auf meiner Homepage findet man die Berichte in der Rubrik Wahlkreis.

Meine ersten Stationen führten mich auf Bauernhöfe in Hoppenrade und Gransee, in der Stadt Brandenburg zur Lebenshilfe, zu einem Start-Up-Unternehmen, das innovative Fahrradschlösser herstellt, zur Euthanasie-Gedenkstätte und zur Regattastrecke, in der ohne Covid-19-Pandemie gerade eine Junioren-WM im Kanufahren stattgefunden hätte. Einen Blick in die Zukunft

versprach ein Vor-Ort-Termin zur Wiederbelebung der Bahnstrecke Ketzin-Wustermark – hoffentlich wird da was draus!

Auf meinem Sommertour-Plan standen noch viele weitere Termine, darunter die traditionelle Zuckertütenübergabe in Jüterbog (dieses Jahr leider ohne das beliebte Fest) und eine Stippvisite mit Gesprächsrunde beim dortigen Kulturquartier »Mönchenkloster«, ein Abstecher zur Grundschule Niedergörsdorf, ein Besuch des Musikfestivals »Laut und Bunt« in Rathenow, wo ich in einer Auftrittspause der Musiker*innen auf der Bühne über das Thema »Hass im Netz« diskutierte. Auch auf die »Stinknormalen Superhelden« freute ich mich, die mir in Rathenow den noch jungen Stadtgarten zeigten. Von den Auswirkungen der Pandemie in Teltow-Fläming erhoffte ich mir Einsichten bei einem Treffen mit der Ersten Beigeordneten des Landkreises. Danach besuchte ich den Rettungsdienst Luckenwalde, der von meinem Mann und mir Schutzvisiere erhalten hat. Veranstaltungen wie in den letzten Jahren, wo ich mich mit vielen Leu-

ten persönlich austauschen kann, mache ich dieses Jahr nicht, denn ich will ja niemanden gefährden. Stattdessen traf ich mich aber mit politischen Mitstreitern wie Tobias Bank und Norbert Müller für Fachgespräche, die wir aufzeichneten und die über meinen YouTube-Kanal dann hoffentlich viele Menschen erreichen. Mit Tobias redete ich über Digitalisierung in Kommunen, mit Norbert über das Thema Bildung – von der Kita angefangen. Ich freute mich auf die Sommertour und auf mehr Zeit im Wahlkreis und hoffe, das meine Berichterstattung darüber auch Leser*innen findet.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227 731 07
Telefax: 030/227 761 07
E-Mail: anke.domscheit-
berg@bundestag.de

VON NORBERT MÜLLER

Der Corona-Keynesianismus der Großen Koalition – unausgewogen, unsozial, ungerecht

Auf den ersten Blick sieht es gigantisch aus, was die Große Koalition nur kurz vor der Sommerpause vollführt hat. Mit einem 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket soll die beginnende Wirtschaftskrise eingedämmt werden. Während sich Finanzminister Olaf Scholz (SPD) als letzter Jünger des Keynesianismus geriert, liefert die Verteilung dieser Mittel einen Offenbarungseid über die Prioritäten dieser Regierung. Denn während Freiberufler*innen und Soloselbstständige, Studierende, Alleinerziehende und alle Menschen, die gerade um ihre Existenz bangen, gnädig auf Hartz IV verwiesen werden, wird das Kapital durch die Krise alimentiert. So werden allein zehn Milliarden Euro für Rüstungsprojekte veranschlagt. Dass »notleidende« Unternehmen Kurzarbeitergeld kassieren, um ihren Aktionär*innen aber weiter Milliarden dividenden auszuschütten,

schlägt dem Fass den Boden aus. Und auch für Kinder und Familien entpuppen sich die großmündig angepriesenen Maßnahmen wie der Kinderbonus oder die Mehrwertsteuersenkung als Placebos. So klingt der einmalige Zuschlag auf das Kindergeld in Höhe von 300 Euro erstmal gut. Doch für Familien, die aufgrund von Kurzarbeit oder Jobverlust kurz vor der Armutsfalle stehen, ist es nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Alleinerziehende dürfen gleich nur die Hälfte der 300 Euro behalten, da sich ihre Unterhaltsansprüche entsprechend verringern. Da ist auch der höhere Entlastungsbetrag eher symbolischer Natur und hilft allenfalls gut und sehr gut Verdienenden. Auch die größte Einzelmaßnahme, die vorübergehende Mehrwertsteuersenkung, hilft Menschen am unteren Ende der Einkommensskala wenig. Der Paritätische Gesamtverband hat ermittelt, dass eine Single-Person im ALG-2-Bezug davon sage und schreibe 8,20 Euro Ersparnis im Monat hat. Überflüssig zu erwähnen, dass konsumstarke Haushalte ungleich mehr profitieren. Dass die Koalition nun für 2020 und 2021 endlich zusätzliches Geld in



privat
BUNDESTAG UND KOMMUNE

den Ausbau der Ganztagesbetreuung stecken will, ist zwar grundsätzlich begrüßenswert. Aber ob die Mittel überhaupt so schnell abgerufen werden können, ist fraglich. Hier braucht es eine Verstärkung der Gelder über 2021 hinaus. Düstere sieht es nach wie vor für die Jugendbildungs- und Übernachtungsstätten aus. Hier konnte sich die Koalition nur auf ein Kreditprogramm verständigen. Vielen dieser wichtigen Einrichtungen wird aber mit Krediten kaum geholfen sein. Sie brauchen Direktzuschüsse, damit sie überleben können. Insgesamt sollen zur Unterstützung von Kindern und Familien rund 9,5

Milliarden Euro in die Hand genommen werden. Zum Vergleich: Die vorgesehene Förderung der Wasserstofftechnologie und der Bau von zwei Quantencomputern bringen es zusammen auf ebenfalls rund neun Milliarden Euro. All das zeigt, wenn die Koalition jemals ein soziales Lot hatte, ist es mit dem Konjunkturpaket endgültig verloren gegangen. Als LINKE stehen wir weiterhin zuverlässig an der Seite all jener, denen nur die Almosen des gesellschaftlichen Reichtums zukommen. Das gilt nicht nur in Krisenzeiten. Denn für uns bleibt klar: die Krise heißt Kapitalismus. Und die lässt sich auch mit John Maynard Keynes nicht lösen.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@
bundestag.de

VON HELMUT SCHOLZ

**EU-Haushalt 2021–2027:
Sieg der nationalen
Egoisten**

Der Europäische Rat, also die Runde der 27 EU-Staats- und Regierungschefs, hat für den neuen EU-Haushalt die Rechtsstaatlichkeit und die Klimaziele der EU geopfert. Wer als historisch feiert, dass der Europäische Rat sich Mitte Juli endlich auf ein Wiederaufbau-Paket in der Covid-19-Krise geeinigt hat, hat sich offenbar mit einer EU abgefunden, die politische Herausforderungen gar nicht mehr europäisch anpacken will.

Das Europäische Parlament (EP) hat in Reaktion auf die Beschlüsse des Rates erklärt, dass die Einigungen des Europäischen Rats von Ende Juli nicht die geeigneten Antworten auf den Wiederaufbau der EU in der Covid-19-Krise sind.

Dass Klimawandel, Digitalisierung, Migration keine nationalen Phänomene sind, war schon vor der Corona-Krise klar. Dass unsere Gesundheitssysteme jedoch auch von internationalen Lieferketten,



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

gut ausgebildetem Pflegepersonal und öffentlicher Forschung abhängig sind, hat die Covid-19-Pandemie

der Europäischen Politik deutlich vor Augen geführt.

Die EU-Kommission spricht nach der Einigung auf das Wiederaufbaupaket Next Generation und dem Vorschlag für einen gekürzten Mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 (MFR) zu Recht von einer bitteren Pille. Ja, es gibt erstmalig einen europäischen Schuldenmechanismus. Ja, es gibt einen ganz kleinen Einstieg in europäische Steuern. Doch den Budget-Einigungen unter den Europäischen Staats- und Regierungschefs wurden die wichtigsten Zukunftsfragen und ein echter Rechtsstaatlichkeits-Mechanismus, der nicht zu Lasten der Regionen geht, geopfert.

Wer beim Klima die Haushaltsansätze vom 31,6 Milliarden auf 8,4 Milliarden Euro kürzt, wer den Fond für einen gerechten Übergang in Kohleregionen (JTF) von 40 auf 17 Milliarden Euro stutzt, wer erneut bei der Gesundheitspolitik, der Bildung (Erasmus+), der Kultur (Creative Europe) spart, hat die Europäische Integration, die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger, den nationalen Egoisten geopfert.

Das EP kämpft mit seiner verabschiedeten kritischen Resolution um sein Mitspracherecht beim Wiederaufbau inmitten der Corona-Pandemie und damit um mehr Europäische Demokratie, um soziale und nachhaltige Politik. Die Arbeit von Journalist*innen, Richter*innen, Gewerkschaften, die Rechte von Frauen, die Zukunft der Jugendlichen kann man nicht in Budgetverhandlungen opfern. Der Wille für Nachverhandlungen, vor allem über den MFR, ist vom EP nun klar formuliert.

Zusammenfassend: Wer das Corona-Wiederaufbaupaket und den EU-Haushalt nicht an Rechtsstaatlichkeit und die Klimaziele bindet, hat Europa nicht verstanden.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227 718 90

Telefax: 030/227 768 19

E-Mail: wk@helmutscholz.euwww.helmutscholz.eu

VON ISABELLE VANDRÉ

**Öffentlicher Boden ge-
hört in öffentliche Hand**

Grund und Boden ist eine unverzichtbare, aber begrenzte Ressource, die durch Spekulation und Preistreiberi zunehmend knapp und immer teurer wird. In Ahrensfelde explodierten die Grundstückspreise zuletzt in nur einem Jahr um 52 Prozent auf sagenhafte 320 Euro/qm. Im Bernauer Ortsteil Schönow ist der Bodenpreis in den letzten zehn Jahren um 400 Prozent gestiegen! Selbst das berlinfernere Rathenow verzeichnet Preissteigerungen um ein Fünftel.

Spekulation und Preistreiberi auf dem Bodenmarkt werden zunehmend zum Problem. Denn ob Kindergärten und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur, regionale Lebensmittelversorgung, Schutz- und Erholungsgebiete für Mensch und Natur – all diese Angebote und Aufgaben können durch das Land sowie die Städte, Gemeinden und Landkreise nur dann für alle bezahlbar und zugleich von hoher Qualität erbracht werden, wenn dafür öffentlicher Grund und

Boden ausreichend zur Verfügung steht.

Die ins astronomische wachsenden Grundstückspreise offenbaren den akuten Handlungsbedarf, wenn Land und Kommunen insbesondere beim sozialen Wohnungsbau handlungsfähig bleiben sollen. Es ist nicht akzeptabel, wenn in Brandenburg das dickste Portemonnaie darüber entscheidet, wer wo wohnen und leben darf. Für DIE LINKE gehört Boden in öffentliche Hand! Deshalb brachte die Linksfraktion im Juni einen Antrag in den Brandenburger Landtag ein, der die Landesregierung zur Erarbeitung einer Bodensicherungsstrategie aufforderte. Bis zu deren Beschluss durch den Landtag sollten alle laufenden Grundstücksverkäufe – außer an Kommunen und gemeinnützige Träger – eingefroren werden. Konkret forderte DIE LINKE im Landtag:

1. Einen Verkaufsstopp für landeseigene Grundstücke.
2. Die Nutzung landeseigener Grundstücke durch Dritte nur noch in Erbbaupacht zu sozialen und ökologischen Bedingungen zuzulassen (mit Ausnahmen für



LANDTAG UND KOMMUNE

Kommunen und gemeinwohlorientierte Träger).

3. Den systematischen Ankauf von Grund und Boden durch das Land für soziale und ökologische Zwecke.

Für die Regierungskoalition aus SPD, CDU und GRÜNEN ist das alles überflüssig. Sie lehnte die Vorschläge ab. Auch BVB/FREIE WÄHLER und AfD stimmten dagegen. Ein Redner der SPD meinte: »Hier stellen Sie die Systemfrage.« Richtig! Denn für uns gehören Grund und Boden nicht auf die Finanzmärkte, sondern in öffentliche Hand. Die ausschließliche Grundstücksvergabe in Erbbaupacht oder die Einrichtung von Bodenfonds, sowie strategische Flächenankäufe, sind jedoch auch Mittel, die in den Kommunen zur Anwendung kommen können – wir müssen sie uns nur einfordern!

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL

Fraktion DIE LINKE.

im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1

14467 Potsdam

Telefon: 0331/9661533

E-Mail: [isabelle.vandre@](mailto:isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de)[linksfraktion-brandenburg.de](https://www.facebook.com/linksfraktion-brandenburg.de)Facebook: [facebook.com/](https://www.facebook.com/isabelle.vandre)[isabelle.vandre](https://www.facebook.com/isabelle.vandre)

Neue Mannschaft im Regionalverband TF-Süd

Am Samstag, dem 8. August 2020, fand unsere Mitgliederversammlung des Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd statt. Diese war zuerst für den 14. März 2020 angesetzt, konnte aber aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden. Um 9.30 Uhr trafen wir uns also im Saal des Kulturquartiers Mönchenkloster Jüterbog. Unser Kreisvorsitzender, Felix Thier, schilderte die aktuelle Lage im Kreisverband Teltow-Fläming. Während der Corona-Pandemie stand unsere Arbeit im Kreisvorstand nicht still. Statt sich in der Kreisgeschäftsstelle in Luckenwalde zu treffen, gab es Video- und Telefonkonferenzen. Inzwischen wurde aber auch die Arbeit im Kreisvorstand wieder vor Ort aufgenommen. Der neue Kreisvorstand hat sich mittlerweile gut zusammengefunden und es gibt eine kooperative Zusammenarbeit. Felix Thier freut sich insbesondere über die Verjüngung des Kreisvorstandes. Er berichtete auch über die Arbeit der Kreistagsfraktion. Anschließend gab es Berichte des Regionalvorstandes. Jedes Mitglied des Regionalvorstandes erzählte etwas über die eigene Arbeit in den letzten zwei Jahren für den Regionalvorstand. Da jedes Mitglied unterschiedliche Funktionen hatte, gab es eine Menge Input für die Anwesenden. Zudem gab es

Berichte aus den Gemeinden und der Stadtverordnetenversammlung. Auch eine Diskussion zu aktuellen Themen durfte nicht fehlen. Dabei wurden unter anderem Ideen für unseren nächsten »Roten Treff« gesammelt. Zu diesen Vorschlägen zählte unter anderem das Thema »Politik und Gesellschaft in China«. Dabei soll auch die Position unserer Partei gegenüber der Politik in China diskutiert werden. Zu guter Letzt wurde unser Regionalvorstand neu gewählt. Zum neuen Regionalvorstand gehören folgende Mitglieder: **Maritta Böttcher, Peter Hacke, Edeltraut Liese, Tom Siedenberg, Sabine Gumpel, Benjamin Petzhold, Petra Haase und Klaus Pollmann.**

Klaus Pollmann wurde als neuer Vorsitzender gewählt und löst somit nach zwei Jahren Benjamin Petzhold ab. Nun kann die Arbeit der letzten Jahre fortgeführt und ausgeweitet werden. Wir freuen uns weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

Tom Siedenberg, Jüterbog

Felix Thier (l.) während seines kurzen Berichtes aus der Arbeit des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion



V. l. n. r. Peter Hacke, Tom Siedenberg, Edeltraut Liese, Sabine Gumpel, Benjamin Petzhold, Maritta Böttcher, Klaus Pollmann; Fotos: privat



Unser Kandidat für den Ortsbeirat Lüdersdorf

Am 14. Juli 2020 hat der Ortsverband Trebbin in einer Mitgliederversammlung **Hartmut Radtke** zu ihrem Kandidaten für den Ortsbeirat Lüdersdorf gewählt. Die Wahlversammlung fand unter Einhaltung der derzeit leider notwendigen Abstände im Clauert-Haus in Trebbin statt. Der wie immer hervorragend vorbereitete Kreisgeschäftsführer Manfred Thier unterstützte uns bei der Durchführung der Versammlung. Der Zeitpunkt wird manchen verwundern, waren doch eigentlich erst im Mai 2019 Kommunalwahlen, also gerade mal vor gut einem Jahr. Aber im Mai 2019 konnte keine Ortsbeiratswahl in Lüdersdorf zusammen mit den landesweiten

Kommunalwahlen stattfinden. Nur DIE LINKE hatte mit Hartmut Radtke überhaupt einen Kandidaten aufgestellt, aber keine der anderen Parteien oder Listen hatte eine Kandidatin oder einen Kandidaten gefunden. Ebenso wenig fand sich eine Einzelbewerberin bzw. ein Einzelbewerber. Erst im September 2019 konnte eine Wahl stattfinden, bei der leider alle drei Sitze an die Kandidaten der Wählergruppe Freie Kandidaten Lüdersdorf gingen. Nachdem nun aber zwei der drei Gewählten im Januar 2020 hinwarfen, muss der Ortsbeirat nun neu gewählt werden. Ein erster Wahltermin am 7. Juni 2020 konnte jedoch nicht stattfinden. Wegen der starken Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund der Corona-Pandemie wurde er im April abgesagt. Im Juni wurde dann der neue Wahltermin, der 27. September 2020, festgelegt. Lüdersdorf ist einer der 14 Trebbiner Ortsteile und hat etwas über 400 Einwohner, der Ortsbeirat soll aus drei Personen bestehen. Dort ist es für DIE LINKE, wie in der gesamten Stadt Trebbin, schon immer schwierig, Wähler zu mobilisieren. Immerhin erreichte Hartmut Radtke 2019 bei der Ortsbeiratswahl 14,2 Prozent der Stimmen, während DIE LINKE bei der Stadtverordnetenversammlung nur 5,3 Prozent erreichte.

Sebastian Dominik



Hartmut Radtke, Kandidat für den Ortsbeirat Lüdersdorf

Zur Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens

Spätestens ein Jahr nach der nächsten Bundestagswahl soll es einen Mitgliederentscheid der Bundespartei darüber geben, ob wir die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) zum programmatischen Ziel erheben. Die BAG Grundeinkommen hat in diesem Zusammenhang ein emanzipatorisches linkes BGE-Konzept vorgelegt, das unter www.die-linke-grundeinkommen.de zu finden ist. BGE-Modelle gibt es mittlerweile wie Sand am Meer. Sie unterscheiden sich vor allem darin, wie hoch das BGE sein, wie es finanziert werden und ob mit seiner Einführung zugleich – entweder sofort oder schrittweise – alle Sozialleistungen abgeschafft werden sollen.

Die BAG Grundeinkommen schlägt ein existenz- und teilhabesicherndes, pfändungsfrei gestelltes BGE in einer monatlichen Höhe von 1.180 Euro je Erwachsenen und 590 Euro je Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahr (Kaufkraft von 2017) vor. Anspruchsberechtigt soll jeder Mensch mit Hauptwohnsitz in Deutschland sein. Die Finanzierung soll durch eine Sozialdividende oder (alternativ) eine Negative Einkommenssteuer erfolgen. Beide Finanzierungsvarianten werden vorgestellt und unterscheiden sich nur unwesentlich voneinander. Ferner sollen alle Anspruchsberechtigten den ÖPNV bundesweit gebührenfrei nutzen dürfen. Zudem soll es gegebenenfalls einen Anspruch auf ein an die Mietentwicklung angepasstes, individuelles, an der Bruttowarmmiete orientiertes Wohngeld geben. Durch bestimmte Lebenslagen bedingte Mehr- und Sonderbedarfe sollen bedarfsdeckend geltend gemacht werden können.

Das klingt wirklich klasse. Doch wird das Parlament eines als »ideeller Gesamtkapitalist« auftretenden bürgerlichen Staates niemals ein solches existenz- und teilhabesicherndes BGE einführen. Dadurch würde ja der für die überwiegende Mehrheit der (produktionsmit-

tellosen) Bürger*innen objektiv bestehende Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft entweder erheblich gemindert oder – bei genügsamer Lebensweise – sogar vollkommen abgeschafft. Die kapitalistische Ökonomie basiert aber auf der ausreichenden Verfügbarkeit preisgünstiger lohnabhängiger Arbeitskraft. Mit einem BGE in teilhabesichernder Höhe würde ihr die Geschäftsgrundlage entzogen.

Denkbar und wahrscheinlich ist es allenfalls, dass unter dem Label des BGE so etwas wie ein verbessertes Hartz IV ohne Sanktionen eingeführt würde, um die wachsende Zahl der für die endlose Selbstverwertungsbewegung des Kapitals nicht mehr benötigten, überflüssig gewordenen Arbeitskräfte auf niedrigstem materiellen Niveau ruhig zu stellen. Das wäre zwar durchaus ein gewisser Fortschritt, aber beileibe kein sozialpolitischer Quantensprung. Statt uns utopischen Forderungen zu verschreiben, die im Kapitalismus nicht umsetzbar sind, sollten wir unsere politische Energie auf die aus sozialen wie ökologischen Gründen dringend erforderliche Überwindung des Kapitalismus durch eine globale, gemeinwohlorientierte, ökologische Produzent*innendemokratie konzentrieren, die die gesellschaftlich notwendige Arbeit und ihren Ertrag gerecht verteilt, zugleich aber die massive Senkung von Produktion und Konsumtion auf ein ökologisch vertretbares Maß propagiert.

Solange uns die Verwirklichung dieses Ziels noch nicht gelungen ist, sollten wir übergangsweise für die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, einen existenzsichernden Mindestlohn, die Erhöhung von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung und die Abschaffung der Sanktionen im Bereich des Sozialgesetzbuches streiten.

Alexander Fröhlich

Erinnerung an zwei Aktive

Ende März verstarb unsere ehemalige Genossin **Dr. Gabriele Brückner-Drehmel** im Alter von nur 68 Jahren nach schwerer zerstörerischer Krankheit. Als sie nach Trebbin zog, gab sie uns viele Impulse und engagierte sich im Kreisvorstand der Partei. Durch ihr aufgeschlossenes und fröhliches Wesen knüpfte sie leicht Kontakte und interessierte Menschen für die Inhalte unserer Partei. Besonders lag ihr der Kinderschutz am Herzen.

Wir werden beide in guter Erinnerung behalten!
DIE LINKE.Kreisvorstand Teltow-Fläming
DIE LINKE.Trebbin

Bernd-Bodo Nelke starb am 10. Mai 2020 im Alter von 64 Jahren nach langem Leiden, viel zu früh. Er war für DIE LINKE in den Jahren 2008–2014 in der Stadtverordnetenversammlung Trebbin, auch als Fraktionsvorsitzender.

Er war stets einsatzbereit, vertrat uns kämpferisch, war für die Bürgerinnen und Bürger Ansprechpartner für alle wichtigen Probleme.



LESEULE



Christian Berkel: »Der Apfelbaum«

Ist es eine Seltenheit, dass ein auch international bekannter Schauspieler auf der Grundlage tiefgründiger Recherchen der Familiengeschichte einen Roman zaubert, der mich als Leserin sowohl inhaltlich als auch sprachlich in seinen Bann zieht?

Berkel bedankt sich im Abspann folgendermaßen: »Jeder. Dem wir begegnen, beschenkt uns auf seine Weise, aber von den folgenden Menschen habe ich bekommen, was diesen Roman erst möglich gemacht hat:

Von meinem Großvater die Freiheit
Von meiner Mutter die Sprache
Von meinem Vater das Denken
Von meiner Frau das Gefühl
Von meinen Söhnen das Spiel ...«

Er nennt danach noch den Verleger, die Lektorin und eine dritte Person.

Die Geschichte seiner Familie entwickelt er ab 1932 mit Rückblicken auf den Ersten Weltkrieg und die 1920er Jahre. Da er seine Hauptgestalten Sala und Otto aus einer jüdischen Intellektuellenfamilie bzw. aus ärmsten proletarischen Verhältnissen sich 13- bzw. 17-jährig begegnen lässt, ergibt sich für beide eine Vielfalt von Möglichkeiten, unter den gesellschaftlichen Bedingungen des 20. Jahrhunderts ihren Weg zu suchen und zu finden. Anhand einer Familie erlebe ich als Leserin Salas Flucht nach Frankreich, ihr Vegetieren im französischen Internierungslager, ihre lose Beziehung zu ihrer Mutter, Ottos Medizinstudium, sein Wirken als Militärarzt im Zweiten Weltkrieg, einschließlich sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Eine kurze Wiederbegegnung mit Folgen, Salas Flucht nach Spanien und Argentinien und ihre Rückkehr nach Deutschland lassen mich beide bis zu Salas Tod an ihrem Leben teilhaben. Sie könnten unterschiedlicher nicht sein und fühlen sich doch zueinander hingezogen. Immer wird ihr Handeln von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen bestimmt, ob es zwei Weltkriege sind, der spanische Bürgerkrieg, das Leben in Argentinien, wohin viele Nazis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geflohen waren – unsere Hauptpersonen setzen sich damit auseinander und wollen einfach als freie Menschen leben. Beim Lesen wurde ich oft an einen Satz aus Bruno Apitz' Roman »Nackt unter Wölfen« erinnert: »Du bist ein Mensch. Beweise es!« – Wie viel Handlungsreichtum beinhaltet dieser Satz!

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Christian Berkel:

»Der Apfelbaum«

Ullstein Taschenbuch,
Broschur, 416 Seiten, 11 Euro
ISBN: 9783548060866

Auf Sommertour in Teltow-Fläming

Am 16. Juli 2020 besuchte unsere Landtagsabgeordnete Isabelle Vandré im Rahmen ihrer Sommertour den Landkreis Teltow-Fläming. Während eines Info-Standes auf dem Marktplatz Luckenwalde kamen wir mit einigen Leuten ins Gespräch und sammelten zahlreiche Unterschriften für die Volksinitiative »Keine Geschenke den Hohenzollern«. Danach besuchten wir die Falken im KLAB in Luckenwalde. Bei dieser Gelegenheit konnten wir die Mitglieder des LUKA – Netzwerk der Fachkräfte »Jugend(Sozial)arbeit« kennenlernen.

In diesem Netzwerk sind Jugendarbeiter aus Luckenwalde, Nuthe-Urstromtal und Trebbin vereint. Sie tauschen regelmäßig ihre Erfahrungen aus. In den Ferien gestalten sie gemeinsam Projekte für Kinder und Jugendliche.

Am Nachmittag ging es nach Rangsdorf. Im Rahmen ihrer Sommertour begleitete Carsten Preuß Isabelle Vandré bei ihrem Besuch der GEDOK, der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfördernden Brandenburgs, in Rangsdorf.

Empfangen wurden sie von Dr. Gerlinde Förster, der Vorsitzenden der

GEDOK Brandenburg und der neuen Projektleiterin der GEDOK, Johanna Huthmacher.

Die GEDOK Brandenburg wurde 1994 in Rangsdorf gegründet und wuchs schnell zum heute größten Landesverband in den neuen Bundesländern an. Etwa 120 Mitglieder zählt die GEDOK in Brandenburg, allein 75 sind Künstlerinnen verschiedener Profession. Für Isabelle Vandré und Carsten Preuß standen die Folgen der Corona-Pandemie für die Kultur- und Kreativwirtschaft im Mittelpunkt. Die Auswirkungen der Pandemie bedrohen Existenzen – vor allem auch in Kunst, Kultur und Medien. Zugleich zeigt die Corona-Pandemie, dass Kultur systemrelevant ist, denn Kultur verbindet, Kultur hilft der Gemeinschaft und Kultur ist ein lebenswichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Gerade in großen Krisen müssen wir die Kultur und unsere Kulturschaffenden schützen. Ausfallende Veranstaltungen und Projekte lassen auch wirtschaftliche Unsicherheiten, vor allem bei Kleinstunternehmer*innen, Freiberufler*innen und Solo-Selbstständigen, wachsen. Zur Bewältigung von Einnahmeaus-



fällen im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Kulturbereich wurden von Bund und Land Mittel bereitgestellt. Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt, allerdings können zwar Betriebskosten oder auch Corona-bedingte Einnahmeausfälle geltend gemacht werden, aber das Problem der Lebenshaltungskosten bleibt ungelöst. Wichtig sind jetzt Informationen darüber, wie die Passgenauigkeit der Unterstützungsleistungen ver-

bessert werden kann. Dr. Gerlinde Förster informierte uns über die Vorbereitungen zur Gründung eines Kulturrates in Brandenburg. Er soll eine Art Netzwerk oder Dachverband der Landesverbände zum Thema Kultur werden – mithin eine wichtige Stimme im Land in Sachen Kultur. Und die ist dringend notwendig.

Gabi Pluciniczak
und **Carsten Preuß**

Erklärung zum 75. Jahrestag der Atombombenabwürfe: Hiroshima und Nagasaki mahnen. Wann wird nukleare Abrüstung endlich Realität?

Am 6. August 1945 fiel erstmals in der Menschheitsgeschichte eine Atombombe auf eine Stadt – abgeworfen von US-amerikanischen Truppen auf das japanische Hiroshima. Nur drei Tage später erfolgte der Abwurf auf das 400 Kilometer entfernte Nagasaki. Über 200.000 Menschen, nahezu ausnahmslos Zivilisten, starben unmittelbar und in den Wochen nach dem militärisch völlig sinnlosen Atomwaffeneinsatz. Die Zahl der Opfer, die aufgrund der Langzeitfolgen zu beklagen sind, lässt sich kaum schätzen.

Es wurden Bücher über die Schrecken der Atombombenabwürfe geschrieben, Filme gedreht, Lieder komponiert – und Hunderttausende Gräber gegraben. Trotzdem ist die Bedrohung durch Nuklearwaffen noch immer nicht gesunken. Obgleich die Zahl der Kernspreng-

köpfe in den vergangenen Jahren reduziert wurde, lagern noch immer 13.000 Atomwaffen in den Arsenalen der offiziellen und inoffiziellen Kernwaffenstaaten; über 91 Prozent davon in den USA und Russland. Nicht wenige der Systeme wurden inzwischen modernisiert oder werden an modernste Trägermittel, wie zum Beispiel Drohnen, angepasst.

Einher ging dies mit der Aufkündigung von Abkommen zu Abrüstung und Rüstungsbegrenzung durch US-Präsident Trump. 2019 stieg Washington aus dem INF-Vertrag über das Verbot landgestützter nuklearfähiger Kurz- und Mittelstreckenwaffen aus; um die Verlängerung des New-Start-Vertrags, mit dem die interkontinentalen Atomwaffen Russlands und der USA reduziert werden sollen, über den Ablauf im

Februar 2021 hinaus, wird derzeit gerungen.

Es gibt jedoch auch Anlass zur Hoffnung. Der am 7. Juli 2017 angenommene Atomwaffenverbotsvertrag verbietet Entwicklung, Produktion, Stationierung und natürlich Einsatz von Kernwaffen. Weit über 100 Staaten hatten ihn in der UNO angenommen, er könnte Ende dieses Jahres in Kraft treten. Die Atomwaffenstaaten allerdings verweigern ihre Unterschriften. Dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Nationen nach nuklearer Abrüstung werden sie sich auf Dauer jedoch nicht verweigern können. Der 75. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki wäre ein guter Anlass, diese Verantwortung wahrzunehmen. Nicht zuletzt würden damit auch Mittel frei, um die Entwicklungsziele der UN wie



vorgesehen bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Denn dafür braucht es jeden Dollar, Rubel, Euro ...

Helmut Scholz, MdEP

Interview: Gelebte Integration

Das neugestaltete Bürgerbüro unserer Partei in Jüterbog verwandelt sich dienstags und donnerstags in ein Klassenzimmer, wie kam es dazu?

Seit drei Jahren unterstütze ich zwei syrische Familien bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben und Probleme im täglichen Leben. Dadurch habe ich für Shayma Al-Hamid seit dem Kindergarten die Patenschaft übernommen. Mit dem Schuleintritt kamen die Probleme und so habe ich ihr in enger Zusammenarbeit mit der Schule und den Eltern Nachhilfeunterricht gegeben. Die Eltern der Familie Hamad fragten dann ob ich auch ihrer Tochter Ahad, die ohne Deutschkenntnisse in die Schule aufgenommen wurde, helfen kann. Da beide Mädchen die gleiche Klassenstufe besuchten (jetzt 3.Klasse) habe ich das gerne übernommen. Während des Büroumbaus haben wir uns zu Hause bei ihnen oder bei mir getroffen, was immer etwas schwierig war. Das neue Bürgerbüro der LINKEN ist für mich nun der ideale Ort, um mit den Kindern zu lernen.

Wie ist dein Kontakt zu den Eltern?

Natürlich gibt es einen engen Kontakt zu den Familien der Kinder, per WhatsApp – alles heute kein Problem. Bei behördlichen oder schulischen Schreiben wird signalisiert, dass sie Hilfe brauchen. Oft reicht dann ein Telefonat oder ich besuche sie zu Hause. Auch begleite ich sie zu Elterngesprächen in die Schule u. ä. Im Gegenzug werde ich zu bestimmten Festen eingeladen oder sie überraschen mich zu Hause zum Geburtstag.

Aber es nicht bei den beiden geblieben ...

Als die Flüchtlingshilfe Jüterbog die Aktion »Ferienhilfe« ins Leben rief und sich die Familien melden sollten, die das für ihre Kinder in Anspruch nehmen möchten, standen schon zwei Kinder der Familie Alsamour, die mit den beiden Mädchen Kontakt haben, in der Tür und fragten: »Können wir auch mitlernen? Wir alle vier Schulkinder müssen Deutsch lernen.« Da kann man doch nicht Nein sagen! Durch Mechthild Falk, Flüchtlingskoordinatorin, erhielt ich die Kontaktdaten der Schule und nahm

zu der Familienhelferin der Familie Alsamour Kontakt auf – und dann ging es mit sechs Kindern los. An zwei Tagen wurden die Stunden so eingeteilt, dass immer zwei Kinder gemeinsam zwei Stunden lernen können.

Da weitere Erwachsene und Ober-schüler*innen als Lernpaten gewonnen werden konnten, stellen wir unser Bürgerbüro auch für eine weitere Lernpatenschaft zur Verfügung.

Ich habe dich schon des Öfteren mit einigen Kindern Eis schleckend durch Jüterbog laufen sehen und alle sagten Oma zu dir ...

Das hat sich so ergeben. Für alle diese Kinder und auch deren Geschwister bin ich die Ersatzoma. Und da gehört es sich doch als Oma, die Kinder ein wenig zu verwöhnen. Und was gibt es Schöneres als Eis und Pommes.

Mit Shayma habe ich ja schon sehr

lange ein Oma-Verhältnis. Sie kennt meine Familie und wenn meine Enkeltochter aus Potsdam bei mir ist, dann kommt sie dazu oder kommt mit zum Kindergeburtstag nach Potsdam. Sie ist schon in der Flämingtracht mit den Dennewitzern Flämingtrachten aufgetreten und in den Sommerferien verbringen wir eine Woche gemeinsam. 2019 waren wir an der Ostsee und in diesem Sommer mit dem Wohnmobil am Senftenberger See. Das ist für mich und meine Familie gelebte Integration.

Danke, Edeltraut. Viel Spaß weiterhin und Erfolg bei deinen vielen anderen Ehrenämtern.

Das Interview mit Edeltraut führte **Maritta Böttcher**, Jüterbog



Maritta Böttcher



Maritta Böttcher



Edeltraut Liese



Edeltraut Liese

Edeltraut Liese ist Gemeindevertreterin in Niedergörsdorf und Mitglied im Regionalvorstand TF Süd

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Roter Treff zur Rolle Chinas mit Dr. Wolfram Adolphi

28.8.2020, 16 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog

Sitzung des Regionalvorstandes TF Süd

1.9.2020, 19 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog

Gedenken zum Weltfriedenstag

1.9.2020, 9 Uhr
Ehrenhain, Friedhof Ludwigsfelde

Politischer Frühshoppen zum Weltfriedenstag

1.9.2020, 10 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Mitgliederversammlung zur Wahl Direktkandidat Bundestagswahlkreis 61

5.9.2020, 10 Uhr
Karl-Liebknecht-Stadion
Potsdam Babelsberg,
Karl-Liebknecht-Straße 90

Beratung Redaktion Linksblick

23.9.2020, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand

23.9.2020, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Bildungsseminar

»Argumentieren am Stammtisch«
26.9.2020, 9.30–15 Uhr, Jüterbog,
Kulturquartier Mönchenkloster

Sitzung des Regionalvorstandes TF Süd

6.10.2020, 19 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog

Linkstreff mit Henry Nottrott, Leiter Ordnungsamt

8.10.2020, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Mitgliederversammlung zur Wahl Direktkandidat Bundestagswahlkreis 62

9.10.2020, 17.30 Uhr
Dorfgemeinschaftshaus in Diepensee

Mitgliederversammlung zur Wahl Direktkandidat Bundestagswahlkreis 60

9.10.2020, 17 Uhr
Industriemuseum, Brandenburg an der Havel

Gemeinsame Beratung Kreisvorstand und Kreistagsfraktion

10.10.2020, 9.30 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog

Black lives matter! ... what? (Schwarze Leben zählen)

Die internationale Black-Lives-Matter-Bewegung wurde von amerikanischen Aktivist*innen ins Leben gerufen, um gegen Gewalt gegen Schwarze und andere Farbige zu protestieren. Auslöser waren diverse Übergriffe und Gewalttaten in nicht allzu ferner Vergangenheit gegen Afroamerikaner. Die Bewegung ging wie eine riesige Welle um die Erde, bis auch hier in Deutschland die ersten Menschen auf die Straßen gingen, um gegen Gewalt und Rassismus in der Gesellschaft und den Behörden zu demonstrieren! Trotz zahlloser Beispiele an rassistischen Gewalttaten, auch in unserem Land, fragen sich immer noch einige warum. Warum gehen zahllose Menschen denn auf die Straßen? Ganz einfach, es gibt zahlreiche Menschen, die sich gegen das Unrecht und den Hass, die Rassismus mit sich bringt, einsetzen wollen und dies auch tun.

Wer denkt, in Deutschland gibt es keine rassistische Gewalt seitens der Polizei, der glaubt auch noch an den Osterhasen! So hart das klingt, so traurig ist die Realität. Allen sollte der Name Oury Jalloh ein Begriff sein. Falls nicht: Oury Jalloh war ein in Deutschland lebender Sierra-Leoner. Dieser wurde 2005 tot in einer Gewahrsamszelle im Polizeirevier Dessau-Roßlau aufgefunden. Im Gerichtsverfahren wurden zwei

weitere Mordfälle bekannt. Gab es ein gerechtes Urteil? Beide Angeklagte, ein wegen fahrlässiger Tötung angeklagter Polizeibeamter und der wegen Körperverletzung mit Todesfolge angeklagte Dienstgruppenleiter des Polizeireviers, wurden 2008 vom Landesgericht Dessau-Roßlau freigesprochen. Dieser Freispruch wurde für den Dienstgruppenleiter 2010 durch den Bundesgerichtshof aufgehoben. Der Freispruch für den anderen Polizisten war zu diesem Zeitpunkt bereits rechtskräftig. Der Dienstgruppenleiter wurde im De-

zember 2013 wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen à 90 Euro verurteilt. 10.800 Euro – das ist also der Preis für ein Menschenleben. Ein Brandgutachten kam zu dem Ergebnis, dass Oury Jalloh seine Matratze unmöglich selbst hätte anzünden können. Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau, welche nach dem Gutachten erneut ein Ermittlungsverfahren einleitete, ging im November 2017 von Einwirkung Dritter und Einsatz von Brandbeschleuniger aus. Das Ende dieses Verfahrens? Nachdem das Verfahren an die Staatsanwaltschaft

Halle übergeben wurde, wurde im Oktober 2017 jenes Verfahren aufgrund mangels Tatverdachts gegen Dritte und weil keine weitere Aufklärung zu erwarten sei, eingestellt. Ein neues forensisches Gutachten kam 2019 zu dem Ergebnis, dass Jalloh vor seinem Tod schwer misshandelt wurde.

Ein anderer bedenklicher Fall ist Hussam Hussein. Dieser war im September 2016 von Berliner Polizisten durch einen Schuss in den Rücken tödlich verletzt worden. Zuvor war seine Tochter von einem anderen



Flüchtling sexuell missbraucht worden. Laut Aussagen der Polizisten rannte Hussein mit einem Messer in der Hand auf den Sexualstraftäter zu. Das Ermittlungsverfahren wurde 2017 mit der Begründung eingestellt, dass die Beamten hätten schießen müssen, um den Angriff abzuwehren. Ein Zeuge sagte, er habe kein Messer gesehen und er stand laut eigener Aussage direkt neben Hussein. Nun mag man sich fragen, warum der Zweifel an der Polizei kommen mag. Nun, das Messer, welches vom Todebeschützen sichergestellt worden sein soll, enthielt keine Fingerab-

drücke oder DNA-Spuren Husseins, obwohl dieser keine Handschuhe trug! Diese Liste könnte noch deutlich erweitert werden. Natürlich sind nicht alle Polizisten Rassisten, aber solange diese und weitere Vorfälle nicht schonungslos aufgeklärt werden und die Täter gerechte Strafen erfahren, werden wir nicht aufhören, die Finger in diese eiternde Wunde zu legen.

Die BLM-Demonstrant*innen bewegen etwas, was lange überfällig ist. Traurig genug, dass es im 21. Jahrhundert wieder, bzw. vermehrt zu Rassismus kommt. Diese Menschen wollen gesehen und gehört werden. Diese Menschen stehen ein für ein gewaltfreies und gleichwertiges Leben für ALLE. Und dann müssen sich diese Menschen anhören, dass ihnen das Leben der Weißen wohl weniger wert sei. Wir sagen, diese Leute, die so etwas behaupten, haben den Sinn von Black Lives Matter nicht kapiert. Es geht nicht darum, ob ein schwarzes Leben etwas wert ist oder ein weißes Leben. Es geht einzig und allein darum, dass es bei uns Weißen nie hinterfragt wird, wohingegen die schwarze und farbige Bevölkerung sich tagtäglich Erniedrigungen, Diskriminierungen und anderen Herabwürdigungen (ihres Lebens) gegenübersehen.

Linksjugend [solid] Teltow-Fläming

Mahnung und Verpflichtung – Zum Tod von Noël Martin



Am 16. Juni 1996 wurde Noël Martin Opfer eines rassistischen Anschlags in Mahlow. Er gehörte zu den etwa 80.000 Montage- und Bauarbeitern aus Großbritannien und Irland, die zu diesem Zeitpunkt in Deutschland arbeiteten. Er war von zwei 17 und 24 Jahre alten Männern aus der rechtsradikalen Szene mit einem Auto verfolgt worden. Nach einem Steinwurf aus dem Fenster des vorbeifahrenden Fahrzeuges prallte sein eigener Wagen gegen einen Baum. Seitdem war Noël Martin vom Kopf abwärts querschnittgelähmt. Noël Martin ist am 14. Juli 2020 verstorben.

Dieser Tod macht betroffen und zornig. Unser Mitgefühl ist bei seiner Familie und seinen Freunden. Noël Martin könnte noch leben. Es waren Brandenburger Rechtsradikale, die den damals 37-Jährigen zum

Krüppel machten. In ihrem Hass auf Ausländer schleuderten zwei Neonazis einen sechs Kilo schweren Stein gegen das Auto des farbigen Bauarbeiters aus Großbritannien. Seitdem saß er im Rollstuhl und war auf fremde Hilfe angewiesen. Dieser Tod zeigt, dass Rassismus schon immer zu Taten führte und am Ende Leben kostet. So war es und so wird es sein, wenn wir nicht gegen halten. Bis heute ist die Gefahr, ein solches schlimmes Schicksal zu erleiden, nicht gebannt. Morddrohungen gegenüber Andersfarbigen und Andersdenkenden erleben wir fortwährend. Inzwischen ist es sogar möglich, dass die Spur in einen hessischen Polizeicomputer führt. Der Tod von Noël Martin muss für alle Mahnung und Verpflichtung sein!
Kreisvorstand DIE LINKE. Teltow-Fläming

Gedenkstätten-Tour in TF am 27. Juli

Am wöchentlichen digitalen Stammtisch der Partei DIE LINKE äußerte Genossin Andrea Johlige, Mitglied des Landtages Brandenburg, den Wunsch, weitere Gedenkstätten und Gräber aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus zu besuchen. Wir tauschten uns über den Reiseweg aus und begannen in Niedergörsdorf, Ortsteil Flugplatz, mit der Besichtigung von DAS HAUS und seiner Ausstellungen. Dazu gab es einen regen Gedankenaustausch über die wechselvolle Geschichte und seine heutige Nutzung. Der Weg führte durch Altes Lager, wo wir die kleine (private) Gedenkstätte für Georg Elser besuchten. Der Mann, der am 8. November 1939 mit einem Attentat im Münchener Bürgerbräukeller versuchte, Hitler und seinen engsten Kreis zu vernichten. Er wurde 1945, kurz vor Kriegsende am 9. April im KZ Dachau ermordet. Diese Gedenkstätte haben an der B 102 unsere Genossen Klaus Pollmann



Ausstellung im DAS HAUS

und Jens Ralf Nehr Korn an ihrem Grundstück geschaffen. Nächstes Ziel war Jüterbog, wo wir den sowjetischen Ehrenfriedhof am Dammtor besichtigten. Er ist die zentrale Gedenkstätte zum Tag der Befreiung in der Stadt. Hier sprachen wir über die wechselvolle Geschichte und den Weg der Befreier der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Konew. Interessiert erkundigte sich Genossin Johlige am Obelisk am Beerstrauch über den Stand der Rekonstruktion. Weiter ging es in unsere Kreisstadt.



Andrea Johlige fotografiert das neu gestaltete Denkmal im Luckenwalder Ehrenhain.



Sowjetisches Gräberfeld auf dem Friedhof in Jüterbog; Fotos: privat

Mit unserem Kreisgeschäftsführer Manfred Thier besichtigten wir zuerst den am Stadtpark gelegenen Ehrenhain für die Opfer des Nationalsozialismus und im Kriegsgefangenenlager STALAG III A in Luckenwalde und



Stelenfeld auf dem STALAG-Friedhof in Luckenwalde

informierten uns über den Stand der Rekonstruktion der Gedenkstätte, die kurz vor der Wiedereröffnung steht.

Danach fuhren wir zum Friedhof des Stalag III A und erwiesen den Gräbern der hier ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen unsere Reverenz mit einer Schweigeminute und einem intensiven Gedankenaustausch. Das wiederholten wir an den sowjetischen Gräbern auf dem Waldfriedhof.

Zum Abschluss machte sich Andrea Johlige noch ein Bild vom Jüdischen Friedhof, bevor wir an der ehemaligen Synagoge in der Puschkinstraße in Luckenwalde unsere Bereisung beendeten.

Peter Hacke, Jüterbog

Andrea Johlige auf Sommertour nach Zossen

Gemeinsam mit Carsten Preuß, Stadtverordneter der LINKEN in Zossen und Max Reinmann, linker Genosse aus Zossen besuchte sie die neu gewählte Bürgermeisterin von Zossen, Wiebke Schwarzweller (FDP), im Rathaus. Teilgenommen hat auch der Ortsvorsteher des Ortsteils Wünsdorf, Herr von Lützwow. Als Frau Schwarzweller erfahren hatte, dass Andrea Johlige nach Zossen kommt, hatte sie selbst um diesen Besuch gebeten, da es ein ernsthaftes Problem gibt, das die Stadt nicht allein lösen kann. Dabei geht es um Bahnquerungen im Ortsteil Wünsdorf. Der Ortsteil ist durch die Strecke der Dresdner Bahn quasi zweigeteilt. Die Stadt wollte eine Bahnbrücke errichten, wofür sie jedoch eine Finanzierung der Bahn bräuchte. Diese ist gescheitert und aufgrund einer weiteren beabsichtigten Schließung eines Bahnübergangs wird es – wenn die Brücke nicht gebaut wird – nur noch zwei Möglichkeiten der Querung für den Autoverkehr geben, wobei eine davon für größere Fahrzeuge nicht nutzbar ist und die andere – eine Unterführung – bei Starkregen unter Wasser steht. Das bedeutet praktisch, dass bei Starkregen Rettungsfahrzeuge nicht in den jeweils anderen Teil des

Ortes gelangen. Anschließend gab es einen Ortstermin am Bahnhof Wünsdorf, wo sich der Bahnübergang befindet, der geschlossen werden soll, mit Mitgliedern des Ortsbeirates. Danach ging es in die Bunker- und Bücherstadt Wünsdorf, die 1998 als erste und bis heute einzige Bücherstadt Deutschlands in Wünsdorf gegründet wurde. Später wurde der Name der Bücherstadt in Bücher- und Bunkerstadt erweitert, da sich die Antiquariate und kulinarischen Einrichtungen inmitten des ehemals militärisch genutzten Komplexes in Wünsdorf befinden.

Die nächste Station war ein Besuch im Museum der Heeresversuchsstelle Kummersdorf in der Gemeinde Am Mellensee. Das riesige Gelände wurde ab den 1870er Jahren militärisch genutzt. Das Gelände umfasst ca. 2.000 ha und wurde 2017 unter Denkmalschutz gestellt. Es ist damit eines der größten Flächendenkmale in Deutschland. Aktuell gibt es Bestrebungen, das Gelände als UNESCO Weltkulturerbe vorzuschlagen.

Die letzte Station des Tages war ein Besuch des Weinbergs Zesch. Carsten Preuß ist Mitglied eines Vereins, der hier seit 2013 wieder Wein anbaut. Die Weinbautradition



Zwischenstation am Bahnhof Wünsdorf, Andrea Johlige (r.) im Gespräch mit Vertretern des Ortsbeirates



Blick auf den Weinberg Zesch

auf diesem Berg geht auf das Jahr 1595 zurück. Mehrere Jahre bemühte sich der Verein, nachdem er einen Teil des Berges pachten konnte, um Rebrechte, bevor 2013 auf 3.000 qm wieder Rebstöcke gepflanzt werden konnten. In guten Jahren können ca. 1.500 Flaschen auf dem Weinberg Zesch produziert werden. Andrea Johlige war ernsthaft beeindruckt



Garnisonmuseum in der Bücher- und Bunkerstadt Wünsdorf



Besuch im Zossener Rathaus: Andrea Johlige, Carsten Preuß, Bürgermeisterin Wiebke Schwarzweller (FDP) sowie Rolf von Lützwow, Ortsvorsteher des Ortsteils Wünsdorf (v. l. n. r.); Fotos: privat

von diesem rein ehrenamtlichen Engagement! Sie bedankte sich herzlich bei Carsten und Max für die Organisation des Tages und die tolle Begleitung.

Maritta Böttcher, Redakteurin

Ausführliche Informationen hier: www.andreajohlige.de

Erhalt oder Abriss von Garagenkomplexen in Ludwigsfelde

Hintergründe:

Die zahlreichen Garagenkomplexe wurden ab den 1960er Jahren durch gemeinschaftliche Eigenleistungen aller Nutzer*innen im Zuge des Aufbaus der Neubaugebiete für die Unterbringung der eigenen PKW, Motorräder etc. und deren Reparaturmöglichkeit (auf Bühnen) erbaut. Die Errichtung erfolgte dabei häufig auf fremden Boden und war nach den sozialistischen Rechtsgrundlagen des ZGB (Zivilgesetzbuch der DDR) und dem Bezug zum Eigentum die übliche Verfahrensweise.

Der Grund und Boden, der in der DDR definitionsgemäß keinen Wert an sich besaß und somit auch kein Spekulationsobjekt verkörperte, war in der Regel Volkseigentum, Genossenschafts- oder kommunales Eigentum; die darauf stehenden Garagenkomplexe waren das persönliche Eigentum der jeweiligen Nutzer*innen.

Mit den Verhandlungen zum Einigungsvertrag wurden neben vielen weiteren Fehlern und Unterlassungen auch in Bezug auf die Lösung der Eigentumsfrage von Garagen, Wochenendhäuser etc. zunächst keine Regelungen getroffen, die das persönliche Eigentum der Bürger*innen der DDR mit dem Übergang zum BRD-Recht dauerhaft schützt.

Die Grundstücke hätten eigentlich käuflich auf die Eigentümer*innen der Garagen übertragen werden müssen, um dauerhaften Rechtsfrieden herzustellen.

Dies geschah jedoch nicht, vielmehr wurden die rechtlichen Grundlagen des ZGB der DDR nach dem Beitritt durch die BRD-Regierung einseitig z. B. durch das SchuldRAnpG für das Gebiet der ehemaligen DDR, häufig zum Nachteil der Bürger*innen, ersetzt, denn das Novum des Gesetzgebers (BRD) bestand i. d. R. nicht in einer ausgleichenden Gerechtigkeit zwischen den Vertragsparteien. Hier liegt die Ursache für die aktuell bestehenden Probleme.

Aktuelle Situation in Ludwigsfelde:

Durch den stetigen Zuzug wächst Ludwigsfelde schnell, so dass neben dem Wohnungsneubau auch der Neu- und Ausbau kommunaler Einrichtungen, insbesondere von Kitas und Schulen, notwendig ist.

Da Bauland scheinbar knapp geworden ist, sind die bestehenden Garagenkomplexe im Radar der Kommune aufgetaucht.

Konkret ist ein Schulneubau in der Albert-Schweitzer-Straße geplant. Eine Planungsvariante sieht auch die Inanspruchnahme einer kommunalen Fläche vor, auf der sich ca. 360



Garagen befinden.

Es wird hierbei von Seiten der Verantwortlichen scheinbar teilweise die Auffassung vertreten, dass diese Garagen für Neubauvorhaben grundsätzlich unkompliziert und zeitnah »geopfert« werden könnten, da das Garagenland häufig bereits als Bauland ausgewiesen ist und dieses mit befristeten Pachtverträgen sowieso der Kommune gehört.

Wenn jedoch für einen Schulneubau gut erhaltene Garagensubstanz abgerissen wird, löst die Stadt damit zwar das soziale Problem der fehlenden Schulplätze. Gleichzeitig aber werden intakte und über Jahrzehnte gewachsene, sozial funktionierende Gemeinschaften (man trifft sich dort zum Reparieren, reden oder feiern), insbesondere aus der Schicht von Geringverdienenden und Arbeitslosen zerstört, und somit neue soziale Probleme erzeugt – zumal die Stadt

keine Alternativen für die Abstellung der Fahrzeuge, insbesondere auch der zahlreichen Motorräder, bieten kann.

Protest der Garagengemeinschaften:

Dieser Interessenskonflikt gewann recht schnell an Fahrt, so dass wir in Ludwigsfelde am 16. Juli 2020 den »Blauen Robur-Bus« vom rbb begrüßen durften.

Öffentlicher Protest hilft häufig, denn einen Tag zuvor gab Bürgermeister Igel (SPD) überraschend bekannt, dass die Beratungen mit dem Planungsbüro ergeben haben, dass für den Schulneubau der Standort der Garagenkomplexe doch nicht benötigt wird.

Im Interview bestätigte Bürgermeister Igel weiterhin öffentlich, dass ihm der Erhalt der Garagenkomplexe sehr wichtig sei und diese im Zuge der Planung von zukünftigen Neubauvorhaben verschont bleiben sollen. Das nennen wir doch einen großen Erfolg der Vernunft, denn warum gute Bausubstanz und gewachsene soziale Gemeinschaften zerstören, wenn es durch kluge Planung andere Möglichkeiten gibt, die erforderlichen Baumaßnahmen zu gewährleisten.

Bert Semmler, Ludwigsfelde

Pachterhöhung? Offene Debatte statt Entscheid am Schreibtisch!

Die Stadt Luckenwalde ist Flächeneigentümerin mehrerer Garagenkomplexe. Seit Jahrzehnten erfolgte keine Pachtanpassung. Pächter*innen zahlten, die zugegebenermaßen geringen Beträge, und die Stadt nahm die Pacht in den kommunalen Haushalt. Instandhaltung der Komplexe war eine zumindest stark nachgeordnete Priorität für die Stadt.

Nun fiel vor einigen Monaten auf, dass die Pachten im Vergleich zu privaten Garagenflächen deutlich geringer waren. Die Abweichung vom Durchschnitt war signifikant. Nun könnte man argumentieren, dass der Durchschnitt natürlich auch weit höher lag, weil die privaten Eigentümer*innen viel mehr verlangten als die Stadt. So oder so sollte aber zumindest die erste Reaktion aus dem kommunalen

Raum nicht die Erhöhung sein. Viel gravierender empfanden es aber einige Stadtverordnete, dass die nun geplante Pachterhöhung von der SPD-Bürgermeisterin als ein Geschäft der laufenden Verwaltung angesehen wird und als solches im Stadtparlament keiner Debatte bedarf – und erst recht dort nicht beschlossen gehört.

Ich sehe das anders. Ich bin als Stadtverordneter schon der Ansicht, dass ich darüber mitzuentcheiden habe, wo und wie die Stadt Einnahmen generiert – das Rathaus möchte von mir schließlich auch seine Ausgaben (Haushalt) bewilligt bekommen! Daher war die Forderung unserer Fraktion zur jüngsten Sitzung des Stadtparlamentes, dass das Thema Pachtanpassung noch einmal in die Fachgremien gehört und bis dahin die Pacht nicht ange-

passt werden sollte. Eine Mehrheit im Parlament sah das auch so. Nur fiel nach dem Beschluss leider auf, dass einzelne Stadtverordnete (un-)mittelbar selbst als Garagenpächter oder Angehörige selbiger »befangen« waren – der Beschluss war somit nichtig. Aber macht das damit die Intention falsch? Ich sage nein! Die Pachterhöhung wird wohl kommen. Sie nun so zu gestalten, dass sie moderat ausfällt, ist oberstes Ziel meiner Fraktion. Verwiesen sei an dieser Stelle auch auf den Umstand, dass Anpassungen der Pachten für städtische Garagen zur Erhöhung der Durchschnittshöhe aller Garagenpachten führen und so der weiteren Anpassung nach oben (Gewinnmaximierung) bei privaten Garagenanbietenden Tür und Tor öffnen können. Und vor allen Dingen muss klar sein, dass

die höheren Einnahmen nun endlich auch einmal nicht im städtischen Haushalt »versickern«, sondern den maroden Garagenkomplexen wirklich zur Bauunterhaltung und nötigen Instandsetzung zu Gute kommen. Die Stadtverwaltung muss aufzeigen, welche Planungen sie zum kurz- und langfristigen Erhalt und Unterhalt der Flächen hat. Insbesondere ist hier auf die Stadtplanungsbereiche (Entwicklungen, Sanierungsgebiete, ...) einzugehen. Und das alles gehört auch in den Kontext eines städtischen Parkraumkonzeptes. Denn wer keine Garage hat, parkt im Zweifel auf der Straße und sorgt keinesfalls für Parkraumlastung in den Wohngebieten.

DIE LINKE bleibt am Thema dran!

Felix Thier, Stadtverordneter in Luckenwalde

Beschlüsse unseres Kreisvorstandes

Auf seiner Sitzung im Juli traf unser Kreisvorstand die folgenden Beschlüsse. So wurden die Vorbereitungen zur Wahl unserer Direktkandidierenden in unseren drei Bundestagswahlkreisen angestoßen und Einberufungsbeschlüsse für die dazu nötigen Versammlungen in den Regionen erhalten rechtzeitig per Post den Termin und Veranstaltungsort. Ebenso hat der Kreisvorstand die nächste Mitgliederversammlung für den gesamten Kreisverband einberufen, Termin ist der 24. Oktober 2020. Ort und Details werden auch hier per Post mitgeteilt. Der Kreisvorstand beschloss fer-

ner, aus dem Haushalt des Kreisverbandes 600 Euro für eine Bildungsveranstaltung mit dem Titel »Argumentieren am Stammtisch« freizugeben. Der gesellschaftliche und politische Rechtsruck hat auch vor Familien- und Freundeskreisen nicht haltgemacht. Mit dem Seminar wollen wir unseren Genoss*innen und Gästen das rhetorische Rüstzeug an die Hand geben, sich am »Stammtisch« argumentativ zur Wehr zu setzen, wenn mal wieder mehr oder weniger faktenfrei gegen Geflüchtete, den Klimawandel oder »linksgrünversifft« Gutmenschen gewettert wird. Termin hierfür ist der 26. September um 9.30 Uhr

in Jüterbog. Die Veranstaltung soll als Halbtagestermin stattfinden, als Ort ist das Kulturquartier ausgewählt. Eine Voranmeldung über unsere Geschäftsstellen wird Bedingung sein, ebenso wird die Teilnehmer*innenzahl auf maximal 30 Personen beschränkt. Letzter Beschluss in der letzten Sitzung vor der Sommerpause war dann noch der Anbieterwechsel zur Stromversorgung für unsere drei Geschäftsstellen in Jüterbog, Luckenwalde und Ludwigsfelde. Oberste Prämisse war die Auswahl eines lokalen Anbieters sowie der Fokus auf 100 Prozent Ökostrom. Nunmehr wechseln wir in Luckenwalde in einen entsprechenden

Tarif bei den Städtischen Betriebswerken. Den gleichen Anbieter wird es für unsere Räume in Jüterbog geben, da es hier kein ortsansässiges Stadtwerk gibt. In Ludwigsfelde wiederum bleiben wir bei den dortigen Stadtwerken, wechseln aber in einen Tarif, der mit einem Zusatzbeitrag wichtige gesellschaftliche Projekte in Ludwigsfelde bzw. für die gesamte Region unterstützt, so u. a. das Märkische Kinderdorf, das Netzwerk »Gesunde Kinder TF«, die Ludwigsfelder Weihnachtsengel und das Frauenhaus Ludwigsfelde. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst.

Felix Thier, Kreisvorsitzender

Subbotnik am Körbaer Teich

»Der Körbsche«, so wird der Körbaer Teich von den Einheimischen genannt und das natürliche Badegewässer war viele Jahre ein beliebtes Ausflugsziel. Das ist lange her, denn jetzt sinkt ständig der Grundwasserspiegel und das Gelände vermüllt. Die Grenze zwischen den Landkreisen Elbe-Elster, dessen Gemeinde Körba den größeren Anteil besitzt, sowie dem Landkreis Teltow-Fläming, dem der schmale Uferstreifen auf Dahmer Gemarkung gehört, läuft mitten durch den See. 2018 gründete sich eine Interessengemeinschaft »Rettet den Körbaer Teich«. Deren Aufruf sind am 5.

Juli 2020 fünfzig Helferinnen und Helfer gefolgt und haben die Strandbereiche von Müll, zerschlagenen Flaschen und auch Muschelschalen der Großen Teichmuschel befreit. Ich fand es schön zu sehen, wie viele Leute engagiert mitgeholfen haben. Vielen Dank an die fleißigen Helfer*innen. Jetzt kann das Wasser kommen, der Teichboden ist sauber. Wusstet ihr, dass die Große Teichmuschel in nur einer Stunde bis zu 40 Liter Teichwasser filtert und trübes Teichwasser in kristallklares Wasser verwandelt?

Juliane Kirchhoff, Dahme/Mark

Ausschreibung des Förderpreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg Bewerben bis 15. Oktober



Mit ihrem jährlich ausgeschriebenen Förderpreis unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg junge Autor*innen, deren Werk sich im Geiste Rosa Luxemburgs kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigt.

Wer nicht älter als 35 Jahre ist und ein wissenschaftliches oder publizistisches Werk geschaffen hat, das als fertiges Manuskript vorliegt und auf seine Veröffentlichung wartet, kann sich um den Förderpreis, bestehend aus einem Preisgeld in Höhe von 500 Euro, der Übernahme der Druckkosten für eine Publikation mit bis zu 250 Seiten (bei Texten)

sowie 20 freien Autorenexemplaren, bewerben.

Auch 2020 ist der Förderpreis wieder ausgeschrieben und die RLS Brandenburg lädt zur Bewerbung ein. **Die Bewerbungsfrist endet in diesem Jahr am 15. Oktober.**

Details zum Förderpreis und die genauen Bewerbungsanforderungen gibt es auf der Webseite der RLS Brandenburg: brandenburg.rosalux.de/foerderpreis/

Für Nachfragen kann man sich gern an die RLS Brandenburg wenden, per E-Mail an info@bbg-rls.de oder telefonisch unter 0331/8170432.



DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)
[instagram.com/dielinke.tf](https://www.instagram.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 36330274 15

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-tf.de
Redaktionsschluss: 8. August 2020
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.900, August 2020
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.



Zuckertüten »to go« in Jüterbog

Am 1. August 2020 fand unser alljährliches Zuckertütenfest in Jüterbog statt. Diesmal konnte es aufgrund der Pandemiebestimmungen nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Wir mussten uns etwas überlegen. Wir gaben an den Jüterboger KITAS Gutscheine für die Kinder aus, die eingeschult werden sollen. Mit diesen Gutscheinen sind 51 Familien zu uns gekommen und die Kinder haben ihre Zuckertüten mit strahlenden Augen entgegengenommen. Wir freuen uns, dass trotz der aktuellen Situation so viele Familien kamen. Es waren auch Gäste anwesend, so unsere Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg und das Mitglied des Parteivorstandes, Tobias Bank. Anke hat sich zu unserem Fest in den sozialen Medien wie folgt geäußert: »Herrlicher Sonnenschein krönte die traditionelle Zuckertütenausgabe der LINKEN in Jüterbog. Schade, dass durch die Corona-Krise das große Zuckertütenfest ausfallen musste – da war immer so viel los! Aber die Jüterboger LINKEN waren kreativ und haben sich eine Pandemie-kompatible Variante des Zuckertütenfestes ausgedacht.



Fotos: privat

Bevor der Erstklässler-Ansturm losging, hatte ich bei Kaffee und Kuchen noch Gelegenheit für Gespräche mit den Organisator*innen und Helfer*innen rund um die Kreis- und Stadtpolitik. Dann standen die ersten ABC-Schüler*innen vor der Tür. Mit großen Augen und etwas schüchtern hielten sie ihren Gutscheine in den Händen und harreten der Dinge, die da kamen. Herzlich wurden sie begrüßt und durften sich selbst eine Zuckertüte aussuchen. Das war gar nicht so leicht, es waren so viele und schöne Motive, von Feuerwehr über Zootiere, Katzenbabys, Pferde, Sauriern und

Einhörnern bis zu Lokomotiven und Traktoren.

Die fleißigen Helfer*innen hatten die Schultüten mit nützlichen Überraschungen bestückt: mit Scheren, Buntstiften, Tuschbechern, Malbüchern, Plastilin und anderen Kleinigkeiten. Neben den Kindern freuten sich auch die Eltern, denn für die Schule benötigt man viele Dinge, die Geld kosten und wenn in einer solchen Tüte Sachen für den Schulstart enthalten sind, entlasten sie das Familienbudget. Solche Termine sind natürlich die Schönsten, wer schmilzt bei leuchtenden Kinderaugen nicht dahin! Ich ziehe den Hut vor den Organisator*innen, die allesamt ehrenamtlich und mit Freude im Herzen diesen Nachmittag möglich machten! Solche Tage machen glücklich – nicht nur die Kinder.

Maritta Böttcher, Jüterbog